

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Erarbeitung eines neuen gemeinsamen europäischen Asylsystems

Gemäß § 25 Abs. 6 iVm Abs. 7 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass sich diese auf allen Ebenen der Europäischen Union für die Erarbeitung eines neuen europäischen Asylsystems einsetzt, mit dem Ziel, die bisherige Regelung („Dublin-System“) wonach der Mitgliedsstaat der Ersteinreise für das Asylverfahren und die Unterbringung zuständig ist, zu ersetzen, um künftig zu einer ausgewogeneren Aufteilung von schutzsuchenden Menschen zu gelangen.

Begründung

Der blutige Krieg in Syrien geht nunmehr bereits in das vierte Jahr, mehr als 6,5 Millionen Menschen sind zu Vertriebenen im eigenen Land geworden. Mit August 2014 sind knapp 3 Millionen Menschen aus dem Land geflohen, davon befindet sich der Großteil im Libanon (1,15 Millionen), gefolgt von der Türkei (über 820.000) und Jordanien (ca. 610.000). Über 200.000 Menschen wurden laut der UNO in dem Konflikt bisher getötet und es ist kein Ende der Gewalt in Sicht. Als Folge des Vormarsches der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) im Norden Syriens hat sich auch die Lage im Nordirak dramatisch zugespitzt. Insgesamt befinden sich derzeit etwa 1,8 Millionen Menschen auf der Flucht vor den Gräueltaten der Terrormilizen.

Angesichts der immer weiter eskalierenden kriegesischen Konflikte in unserer Nachbarschaft ist auch die Europäische Union von diesem Flüchtlingsstrom betroffen, vor allem die Anrainerstaaten des Mittelmeers, wie Italien oder Malta, wo die allermeisten Flüchtlinge erstmals europäischen Boden betreten, können die Versorgung der traumatisierten Menschen nicht alleine schultern.

Alleine in diesem Jahr sind laut UNHCR bereits 130.000 Menschen über das Mittelmeer nach Europa gekommen, 118.000 Menschen davon nach Italien. Die meisten konnten durch die

Marineoperation „Mare Nostrum“ gerettet werden, aber bis zu 2.500 Menschen sind im Mittelmeer ertrunken oder werden vermisst.

Aktuell werden auf europäischer Ebene verschiedenen Lösungsansätze diskutiert, um Menschen auf der Flucht wirkungsvoll Hilfe leisten zu können. Ab Mitte 2015 wird die EU über ein „Gemeinsames Europäisches Asylsystem“ (GEAS) verfügen, wodurch besserer Zugang zum Asylverfahren und schnellere, gerechtere Entscheidungen sowie menschwürdige Aufnahme- und Lebensbedingungen garantiert werden sollen. Solange aber das so genannte „Dublin System“ – wonach der Mitgliedsstaat der Ersteinreise für das Asylverfahren und die Unterbringung zuständig ist – aufrecht bleibt, kann eine ausgewogene Aufteilung der schutzsuchenden Menschen auf alle EU-Mitgliedsstaaten nicht erreicht werden.

Eine aktuelle Studie („Europäische Flüchtlingspolitik“) der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) weist auf mögliche Lösungsansätze, für ein neues europäisches Asylsystem hin. Durch die Anwendung eines Mehrfaktorenmodells soll künftig eine gleichmäßigere Verteilung von Schutzsuchenden erreicht werden, wobei die Wirtschaftskraft, die Bevölkerungsgröße, die Fläche und die Arbeitslosenquote eines Mitgliedsstaats zur Berechnung einer Aufnahmequote herangezogen würde.

Linz, am 23. September 2014

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Buchmayr, Hirz, Schwarz, Wageneder